

6. ver.di-Bundeskongress

Ein Drittel gegen den Kriegskurs

Gotthard Krupp

Zur Überraschung des Bundesvorstandes standen nicht die Fragen der Digitalisierung, des Klimawandels und der Demographie im Zentrum, sondern die Frage der Position von ver.di zum Ukraine-Krieg. Kontrovers, intensiv und solidarisch haben sich die Delegierten dieser Diskussion gestellt.

Aber die Kriegspolitik ist nur ein Teil der Politik der Bundesregierung. Über 80 Prozent der Bevölkerung lehnen die Politik der Bundesregierung ab, finden aber für diese Ablehnung keine politische Vertretung. Umso mehr erwarten viele ein entsprechendes Signal aus der Gewerkschaft. Und das Nein zur Regierung und ihrer Politik des sozialen und militärischen Krieges spiegelte sich in zahlreichen Redebeiträgen.

Schon in seinem Rechenschaftsbericht führte Frank Werneke Punkt für Punkt aus, dass die Regierungspolitik gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung im Land stehe. Tarifpolitik, Inflation, Postgesetz, öffentliche Daseinsvorsorge... an keiner Stelle habe die Gewerkschaft die Regierung an ihrer Seite. Und er nannte als Beispiel das Inflationsausgleichsgesetz des Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP), welches hauptsächlich den oberen Einkommen diene und »unserem Gemeinwesen Einnahmefälle von insgesamt 33 Milliarden Euro« beschere. »Das ist das Gegenteil von sozialer Politik.«

In der anschließenden Aussprache nahmen 47 Delegierte jede Facette der Regierungspolitik auseinander. Auch der Versuch der Bundesregierung, über die »Konzertierte Aktion« mit ihrem Vorschlag »3000 Euro Einmalzahlung statt Tarifver-

handlungen« in die Tarifautonomie einzugreifen und ihnen einen Reallohnverlust aufzuzwingen, wurde mehrfach kritisiert.

Eine Kollegin betonte in dieser Debatte, dass es der Platz der Gewerkschaften sei, »gegen die herrschenden Verhältnisse die Rechte

Der Bundesvorstand und der Gewerkschaftsrat hatten sich schon sehr früh hinter die Politik der Waffenlieferungen und Sanktionen gegen Russland gestellt. Besonders umstritten auf dem Kongress war der vom Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat vorgelegte Antrag E 084 »Perspektiven für Frieden,

Die Änderungsanträge wurden überraschend en bloc abgestimmt und die Debatte um die Änderungsanträge per Beschluss beendet. Die Antragskommission musste also die Ablehnung einzelner Formulierungen nicht begründen. Wenn das die Höchste Form von Demokratie ist, habe ich etwas dazugelernt, aber bis heute nicht verstanden.



von ArbeiterInnen zu erkämpfen, zu verteidigen und zu stärken. Die Erfahrung zeigt: Es braucht uns, weil die regierenden Parteien eben nicht in unserem Sinne handeln. Wir als Gewerkschaft müssen nicht auf Regierungskurs gebracht werden, denn der Regierungskurs führt nicht in unsere Richtung, sondern er führt in die Richtung des Kapitals, und das ist für uns nicht akzeptabel!« Frank Werneke ließ es sich dann nicht nehmen, zusammenfassend noch einmal klarzustellen: »Wir sind nicht auf Regierungskurs!«

In der Frage des Ukraine-Krieges war die Situation eine andere. In der Frage der Waffenlieferungen und der Sanktionen wollte Frank Werneke dem Kanzler Rückendeckung verschaffen.

Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch«. Dieser Antrag wurde bei einer Gegenstimme vom Gewerkschaftsrat Mitte Mai angenommen.

Dagegen gab es zahlreiche Änderungsanträge, die dem Bundeskongress vorlagen. Im Zentrum bei ihnen stand das Nein zu den Waffenlieferungen, den Sanktionen gegen Russland und eine klare Formulierung gegen die Aufrüstung. Die Änderungsanträge wurden von der Antragskommission auf Ablehnung gestellt. Unfassbar war für viele Delegierte, dass nicht einmal die letztlich zu nichts verpflichtende Forderung: »ver.di fordert von der Bundesregierung, alles zu tun für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen« zugelassen wurde.

275 Delegierte, ein Drittel des Kongresses, stimmten gegen die Empfehlung der Antragskommission und 38 enthielten sich. Dieses Verfahren hat viele Delegierte absolut verstört, was sie in persönlichen Erklärungen zum Ausdruck brachten. Dass der Kongress am Schluss noch dem Leitantrag folgte, war dann auch schon egal. Der Schaden war eingetreten.

Frank Werneke hat es nicht geschafft, die Gewerkschaft ver.di als eine geeinte Kraft hinter der Kriegspolitik der Regierung zu vereinen. Das wird Erschütterungen in der gesamten Organisationen nach sich ziehen. Die Diskussion wird sich nicht ersticken lassen.

Nachtrag: Jürgen Peters, ehemaliger 1. Vorsitzender der IG Metall, kommentiert den ver.di-Gewerkschaftstag: »Die Delegierten des Gewerkschaftstages der ver.di haben sich der Debatte gestellt. Unabhängig von den Diskussionsergebnissen: Eine ermutigende Entwicklung. Wir als Gewerkschaften sollten unsere Möglichkeiten, unsere Räume stärker nutzen: für eine Wiederbelebung der Debatte um Krieg und Frieden. Weil wir den Frieden nicht nur wollen, sondern weil wir den Frieden brauchen. Und weil wir wieder ein wirksamer Teil der Friedensbewegung sein sollten.«

Kommentar

Politikdruck auf die Kultur

Gerhard Manthey

Der Krieg in der Ukraine begann nach deutscher Zeitrechnung am 24. Februar 2022. Und er kennt keine Vorgeschichte. Doch er war und ist von Anfang an ein Krieg der USA, der EU und der NATO gegen Russland, wobei die Russische Föderation den heißen Krieg lostrat, den Kalten aber nicht. Das internationale Filmfestival Berlinale steht an der Seite des ukrainischen Präsidenten Selenskyj: »Die Berlinale hat ihre Wahl getroffen, indem sie den Dialog hochhält. Das Kino aus der ganzen Welt ist zu Gast. Dass Filme, die mit russischer

Unterstützung gemacht wurden, dieses Jahr nicht im Festival vertreten sind - das wissen wir zu schätzen.«

Der politische Druck auf die Kultur wächst in der »Zeitenwende« und der »wertebasierten« Politik Deutschlands, deren herrschende Eliten klar Freund und Feind in der Welt benennen. Wenn die Geschäftsführerin des Berliner Filmfestivals ihre Solidarität mit den Toten und Opfern in der Ukraine äußert, ist das richtig. Schriftlich befragt, ob sie damit auch die Opfer in der Ostukraine (14 000 laut OESZE bis 2022)

in diese Solidarität einschließt, bleibt sie ohne Antwort. Selbst jetzt, auf nochmaliger aktuellen Nachfrage, da die Berlinale ja im Februar stattfand, gab es bis zum Redaktionsschluss keine Reaktion von den Verantwortlichen. Wortlos ist ihre Stellungnahme auch zu den Presse-, Medien- und Kulturgesetzen in der Westukraine, die an Demokratiefeindlichkeit ihresgleichen suchen.

Bleibt uns die Frankfurter Buchmesse und der geladene Festredner Slavoj Žižek (Beruf Philosoph) der sich erlaubte, die Welt aus zwei Seiten zu betrachten. Er hat Israel und die Hamas gewürdigt. Das war vielen zu viel. Žižek: »Ich bin erstaunt, dass ein Wort wie ›Aber‹ das doch

stets der Beginn eines Dialogs markiert, an einem Ort wie der Buchmesse ein Problem ist.«

Das Gute zum Schluss: Ende Juni 2023 haben sich in Westminster Verfechter der Meinungsfreiheit zu einem ersten Treffen versammelt. Ihre persönlichen Ansichten sind so unterschiedlich wie es sein soll. In einem aber sind sie sich einig: »Meinungsfreiheit ist die Grundlage für ein sinnvolles Leben und eine blühende Menschheit – durch Kunst, Poesie, Drama, Geschichten, Philosophie, Gesang und vieles mehr.« Tausende haben diese »Westminster-Erklärung« schon geteilt. Offener Diskurs – da will ich hin!

Aufruf der Ukraine-Initiative

Die Waffen nieder

21 Kriege und 216 bewaffnete militärische Auseinandersetzungen bedrohen aktuell die Welt (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung). Die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg wächst von Tag zu Tag. Täglich sterben unschuldige Menschen. Wir sind besorgt um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und eine gemeinsame Sicherheit.

Anstatt auf Deeskalation und Diplomatie zu setzen, liefert die Bundesregierung immer mehr Waffen und rüstet massiv auf. Große Teile der Politik und Medien militarisieren die Gesellschaft. Erstmals wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel (nach NATO-Kriterien) erreichen. Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab. Dazu tragen in erheblichem Maße auch die Sanktionen gegen Russland bei, die die Menschen

im globalen Süden, in Europa und in Deutschland treffen: Inflation, gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise sowie Reallohnverlust treffen die Bevölkerungen, vor allem deren ärmere Teile, und gefährden die industrielle Entwicklung auch in unserem Land. Im globalen Süden drohen Hungerkrisen, weil Getreide, Mais, Pflanzenöl und Düngemittel nicht mehr ankommen und die Preise massiv gestiegen sind.

Es ist höchste Zeit für eine Friedenspolitik in der Ukraine, in Europa und weltweit. Im Vorfeld des Krieges in der Ukraine wurden Warnungen ignoriert und Lehren zur Kriegsvermeidung missachtet. Wir müssen die Rutschbahn in Richtung 3. Weltkrieg und in ein soziales, ökonomisches und ökologisches Desaster stoppen. »Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.« (Willy Brandt) Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle möglich.

Wir verurteilen den russischen Einmarsch vom 24. Februar 2022 in die Ukraine. Ebenso verurteilen wir auch die vorangegangenen Ver-

tragsbrüche und nicht eingehaltenen Zusagen der NATO-Staaten. Die ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Ein Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges statt einer weiteren Eskalation sind in ihrem Interesse. Das Töten und Blutvergießen und die Zerstörung des Landes und der Umwelt müssen umgehend gestoppt werden. Verhandlungslösungen und Pläne liegen auf dem Tisch. Verhandeln heißt nicht kapitulieren, sondern Lösungen für komplizierte Herausforderungen finden!

Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende der ungehemmten Aufrüstung sowie eine sofortige Vermittlung für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Sie muss eigene diplomatische Initiativen entwickeln und bestehende Friedensvorschläge unterstützen – besonders die des globalen Südens.

Es gibt keinen Grund, sich von der Entspannungspolitik zu distanzieren. Das Versagen liegt vielmehr darin, dass sie 1990 nicht zur Leitidee des neuen Europas weiterentwickelt wurde. Wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik und für Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Initiatoren des Aufrufs »Die Waffen nieder«:

Yusuf As, Reiner Braun, Claudia Haydt, Andreas Grünwald, Rita-Sybille Heinrich, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Hanna Rothe und Peter Wahl

Weitere Unterzeichner

(Auswahl):

Dr. Franz Alt, Baden-Baden; Dr. Dittmar Bartsch, Rostock, MdB; Rolf Becker, ver.di, Hamburg; Norbert Birkwald, Mörfelden; Prof. Dr. Peter Brandt, Berlin; Dr. Michael Brie, Berlin; Prof. Dr. Christoph Buttewegge, Köln; Sevim Dağdelen, Bochum, MdB; Daniela Dahn, Berlin; Fabio De Masi, Hamburg; Renan Demikan, Windeck; Katja Ebstein, München; Prof. Dr. Hajo Funke, Berlin; Peter Franke, Berlin; Silvia Gingold, Kassel; Harri Grünberg, Berlin; Kerstin Kaiser, Straußberg; Alexander King, Berlin; Dr. Gregor Gysi, Berlin; Andrej Hunko, Aachen, MdB; Dr. Margot Käßmann, Hannover; Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz, Köln; Gotthard Krupp, ver.di, Berlin; Oskar Lafontaine, Mezig; Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Berlin; Pablo Miró, Berlin; Dr. Hans Misselwitz, Berlin; Ruth Misselwitz, Berlin; Amira Mohamed Ali, Oldenburg, MdB; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Dr. Artur Pech, Sören Pellmann, Leipzig, MdB; Christiane Reymann, Berlin; Wiltrud Rösch-Metzler, Stuttgart; Dr. Ingar Solty, Berlin; Dr. Michael von der Schulenburg, Wien; Hannes Wader, Bielefeld; Sahra Wagenknecht, Mezig; Dr. Alexandra Wagner, Berlin; Burkard Zimmermann, Berlin; Dirk Zöllner, Berlin

Übernimmt »Künstliche Intelligenz«?

Gerhard Manthey

Mathias Döpfner, Herr des Hauses Springer, wollte nicht in der Nähe Neapels, um dort die Grotte der Sibylle von Cumae zu besuchen. Doch seine Prophezeiungen zum Journalismus sind eines Orakels würdig: »Wenn wir es richtig machen, wird Journalismus wie ein Phönix aus der Asche steigen.« Und in Bezug auf den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) sieht er die Wiedergeburt der Zeitung. Die meiste Arbeit von Journalisten werde künftig KI übernehmen. Hinter der Bezahlschranke seines defizitären Zeitungsflaggschiffs »Welt« schreibt er: »KI wird Journalisten entweder überflüssig oder besser machen.« (Das gibt zu denken.)

Es gehe um alles oder nichts. Ein neues Niveau der Qualität, der Relevanz und der wirtschaftlichen Attraktivität – oder der Untergang. Und so wie die Sibylle von Cumae dem späteren römischen Kaiser Claudius seine Caesarenzeit orakelte, endet Axel Caesars Mund Mathias Döpfners leidenschaftliche Prognose für Digital-Publisher: »KI könne helfen, Zeitungen und Zeitschrift etwas länger rentabel zu produzieren als ohne KI.« Sein Abschluss-Credo: »Wir müssen Geld in Geist investieren!«

Bei dieser Aussage des begeisterten KI-Anhängers Döpfner können wir inhaltlich davon ausgehen, dass er damit nicht oder doch die »BILD«-Zeitung gemeint hat? Auf jeden Fall bei dem »Geld in Geist investieren«, nicht das eigene Kapital im Blick hatte, sondern das von den bisherigen Sponsoren einer Verleger-Existenz: Den Beschäftigten – so lange sie es noch gibt – und die Subventionen der Regierungen. Künftig, den allumfassenden Konsumenten jeglicher Ware. So schön es wäre, mit Häme das Verleger-Lied »Lerne klagen ohne zu leiden« auf einem Podcast in die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften zu senden, so müssen sich Journalistinnen und Journalisten ernsthaft die Frage stellen: »Bin ich ein Robot?«

Hat ein Influencer eine Chronisten-Pflicht? Sammeln RedakteurInnen Informationen, Texte, Nachrichten, recherchieren die Quellen, sichten und ordnen sie

und veröffentlichen unter Wahrung des Pressekodex des Deutschen Presserates oder sind sie Durchlauferhitzer eines nicht verifizierbaren Konglomerates aus marketingorientiertem Infotainment, KI-gesammelter relevanter Stimmungslagen aus dem Suchmaschinen-Universum und Schnellabfragen über Apps, welche Gemütslage bei den diversen Generationen Z, Klebstoff-Futuristen und Geriatrie-Pressen vorherrscht, um die entsprechende Click-Byte-Strategie mit dem Chefredakteur abzustimmen?

Ernsthaft: Beim Übergang vom Bleisatz zum Fotosatz und späterem redaktionellem rechnergesteuerten Textsystem, wurden Schriftsetzer ihres Berufsbildes beraubt, JournalistInnen zu Textfassern, Grafikern, Layoutern. Die damaligen Forschungen ergaben, dass die rein journalistischen Aufgaben in den Hintergrund gedrängt wurden. Weniger Recherche vor Ort, keine Zeit das Gesammelte zu überdenken, sondern online zwei Sekunden nach Mikrofonschluss in das System zu hacken. Vorgefertigte Texte zu verwenden. Mit schwindenden Profitraten der Verleger kamen die personellen Kahlschläge der Redaktionen hinzu. Drastische Reduzierung der journalistischen MitarbeiterInnen und ihrer Beschäftigungsbedingungen.

Was steht also für Journalisten im Verleger-Pflichtenheft? Traditionelle Redaktionsabläufe sind KI-gestützt. Das Sammeln, Sichten, Ordnen vorhandener Informationen aus dem Netz macht der Robot. Das sogenannte »Door-Keeping« (Wo kommt was her, wo soll was hin und wessen überprüften Inhalts ist es?) kann dabei auf der Strecke bleiben: Personal-mangel oder gewollter Redaktions-ablauf. Faktenüberprüfung ist auch so ein Verlegervorschlag. Wessen Fakten? Die aus der Suchmaschine kommen, oder aus der überprüften Statistik der Originalquelle?

Orthographie darf die KI machen. Aber Übersetzung? Da wäre es doch wichtig, in welcher Sprache kam die Originalmeldung an? Vom Französischen ins Portugisische und dann ins Englische? Wer ein-

mal Verhandlungen mit mehrsprachigen Simultanübersetzungen mitmachte, weiß, wo das Problem für die Faktentreue liegt.

Eine Bildauswahl einer KI zu überlassen geht schon gar nicht. Gefühl für den Moment, den das Bild beschreibt im Kontext zur Nachricht und mit überprüfter Quellenlage wäre journalistisch wertvoll, dem Verleger eventuell zu teuer. Redigieren einem KI zu überlassen, heiße das inhaltliche »Auf den

Punkt bringen« einer Algorithmus-institution beizubringen. Was sagt Herr Döpfner an dieser Stelle zur Implantation der KI in die Redaktion? »Wenn wir versuchen, diese Entwicklung zu blockieren, um Arbeitsplätze zu schützen, reiten wir ein totes Pferd – und uns, die Medienbranche in den Untergang.« Ohne Gewinn kein Journalismus!? Höchste Zeit, dass die betroffene JournalistInnen in den Redaktionen ihren Verstand einschalten bevor die KI und der Verleger dies tun.

KI (Künstliche Intelligenz) und Chat GPT*

Wir wollten's wissen

Peter Asmussen

Ein Hamburger Kollege schickte mir zwei Links zu Seiten, auf denen ich KI und Chat GPT ausprobieren konnte. Da wollte ich doch wissen, was diese sogenannte »Künstliche Intelligenz« wirklich leistet. In einer Maske gab ich meine Frage ein und in wenigen Sekunden bekam ich eine Antwort, die mich erstaunte. Meine Frage war, wer die SeniorsInnenzeitung »Die Querköpfe« herausbringt und worüber sie berichtet. Nach wenigen Sekunden kam die Antwort, und zwar genau so:

» Die Querköpfe ist eine satirische Zeitschrift, die von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft herausgegeben wird. Sie wird von einem Team von Redakteuren und Mitarbeitern erstellt, die für die Inhalte und den Humor der Zeitschrift verantwortlich sind. Die »Querköpfe« ist unabhängig von der ver.di-Zeitung und hat ihren eigenen Stil und ihre eigene Ausrichtung. Sie richtet sich an Gewerkschaftsmitglieder und andere Interessierte und behandelt Themen wie Arbeitspolitik, soziale Gerechtigkeit und Gewerkschaftsarbeit auf humorvolle und satirische Weise. Die Zeitschrift wird von einem Redaktionsteam erstellt, das aus professionellen Journalisten und Satirikern besteht. Sie sind verantwortlich für die Auswahl und Bearbeitung der Artikel, Cartoons und anderer Inhalte, die in der Zeitschrift veröffentlicht werden. Die Querköpfe hat eine lange Tradition und wird seit vielen Jahren von ver.di herausgegeben. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Kommunikation und bietet den Mitgliedern eine unterhaltsame und informative Lektüre. Die Zeitschrift hat ihre eigene Redaktion und ihre eigenen Autoren, die für die Inhalte und den Stil der Zeitschrift verantwortlich sind. Es ist wichtig anzumerken, dass die »Querköpfe« eine eigenständige Veröffentlichung ist und nicht direkt von ver.di kontrolliert wird. (sic.)

Logisch, dass der Text in dieser Form nicht erscheinen dürfte. Er enthält falsche Informationen. Wir verstehen uns nicht als »satirische Zeitschrift«, okay – das ist Ansichtssache. In der Redaktion sind nicht nur professionelle Journalisten und Satiriker, sondern auch ehemalige Schriftsetzer und Kollegen aus der papierverarbeitenden Industrie. Und verantwortlich sind sie nur, wenn sie unter eigenem Namen veröffentlichen. Ansonsten ist der zuständige hauptamtliche Leiter des ver.di-FachbereichsA presserechtlich verantwortlich. Trotzdem: Ein beachtliches und auch erschreckendes Ergebnis, oder? (Beachte auch nebenstehenden Artikel!)

* ChatGPT = Generative Pre-trained Transformer

Öffentlicher Auftrag? Nur mit Tarif!

Das Prinzip ist einfach: Ein Unternehmen darf einen öffentlichen Auftrag – und damit Steuergelder – nur dann erhalten, wenn es tarifgebunden ist oder den maßgeblichen Tarifvertrag anwendet. Die Gewerkschaften kämpfen schon seit Langem für die Tariftreue bei der Auftragsvergabe

. Geht der Staat mit gutem Beispiel voran und achtet beim Einkauf auf die Arbeitsbedingungen bei den beauftragten Unternehmen, statt nur das billigste Angebot zu wählen, stärkt dies mittelbar auch unser Tarifsystem. Tarifgebundene Unternehmen werden vor Wettbewerbsverzerrungen durch Lohndumping geschützt und vorhandene Tarifstandards gesichert.

Nur noch 52 Prozent der Beschäftigten arbeiten unter dem Schutz eines Tarifvertrags. Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung sind also dringend geboten – und der Staat kann etwas dafür tun.

Laut Schätzungen von OECD und dem Wirtschaftsministerium vergibt der deutsche Staat öffentliche Aufträge im Volumen von 300 bis 500 Milliarden Euro – pro Jahr! Die wirtschaftliche Gestaltungskraft des Staates ist also groß. Nun plant die Bundesregierung, die Tariftreue bei der Vergabe von Aufträgen des Bundes einzuführen. Wir sagen: Gut so!

Neuere Entwicklungen des EU-Rechts machen die Tariftreue möglich. Wer jetzt noch mit Verweis auf die früher restriktive Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs die Europarechtskonformität anzweifelt, ignoriert das neue EU-Recht. Die Aufnahme sozialer Kriterien in die EU-Vergaberichtlinie 2014, die Reform der Entsende-Richtlinie 2018 und neuere EuGH-Urteile machen die Wiedereinführung starker Tariftreueklauseln bei der Vergabe möglich. Tariftreue ist nicht »vergabefremd«.

Der DGB und seine Mitgliedsgegewerkschaften haben sich positioniert. Auf der Fachtagung von DGB und FES »Öffentlicher Auftrag? Nur mit Tarif!« diskutierten sie am 12. Mai mit Verbänden, Wissenschaft, Arbeitgebern und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, wie ein Bundestariftreugesetz idealerweise aussieht.

Nah-Ost-Konflikt |

Sprachregelung der ARD

Albrecht Müller

Man soll nichts dem Zufall überlassen und schon gar nicht dem Verstand der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So denkt offensichtlich die Spitze der öffentlich-rechtlichen und von uns Beitragszahlern bezahlten ARD. Mir liegt ein Papier vor mit dem Titel »Glossar Berichterstattung Nahostkonflikt. Zur internen Nutzung. Stand 18.10.2023« – Dieses soll offensichtlich dazu dienen, die Journalistinnen und Journalisten der in der ARD zusammengeschlossenen Sendeanstalten auf eine der Sprachregelung entsprechenden Berichterstattung und Kommentierung zu trimmen.

»Damit Sie dieses Papier schnell in Händen haben, verzichte ich heute auf eine ausführliche Wiedergabe. Deshalb die Beschränkung auf die ersten zwei Seiten des Textes. Auf Kommentierung kann ich verzichten.« Die Texte sprechen für sich selbst und gegen das Demokratieverständnis der ARD.

Auf den Seiten 3 und 4 lesen wir das Folgende:

»Glossar Berichterstattung Nahostkonflikt (zur internen Nutzung)

Wie macht es die Tagesschau? (E-Mail-Auszüge, 9.10.2023)

»(...) nach unserem Austausch in der 10:30 Uhr heute noch mal ein Blick auf die Formulierungen in der Berichterstattung über Nahost. Wie bereits gestern geschrieben, müssen wir das von Tag zu Tag anschauen, beispielsweise ob und wie wir das Wort »Krieg« verwenden. Heute gibt es diese Hinweise und Bitten:

Wir sprechen weiterhin von »Angriff/en aus Gaza auf Israel« oder »Terrorangriff/e auf Israel«. Es kann aber auch »Krieg gegen Israel« verwendet werden.

Was unbedingt vermieden werden muss, sind Worte wie »Gewaltspirale« – und auch »Eskalation in Nahost« beschreibt die aktuelle Lage seit Samstag nicht ausreichend. Die Situation ist komplexer.

Bitte passt auch auf wie wir das Wort »Angriff« genau verwenden: In dieser Situation sind es »Gegenangriffe von Israel auf Gaza«. Es ist verkürzt zu sagen oder schreiben »Angriffe auf Israel und Gaza.«

(...)

»Als Reminder zudem die Rundmail von gestern:

Unsere AG Sprache beschäftigt sich in diesen Tagen noch mal intensiv mit Begriffen und Beschreibungen zur Nahost-Berichterstattung. Das Team macht das

netterweise gerade in und zwischen den Schichten. Deshalb ist das erstmal eine schnelle Übersicht, die XXXX (Name anonymisiert) gerade übermittelt hat. Und sie hilft uns schon mal sehr weiter!

Bitte alle, die bei uns schreiben und oder moderieren einmal die Beispiele unten durchlesen. Damit vermeiden wir Missverständnisse oder Fehler. Außerdem bei Übernahme von Agenturtexten bitte genau überlegen, ob die Formulierungen von dpa und Co. korrekt sind. Die Kolleginnen und Kollegen machen auch nicht immer alles richtig...«

(...)

» Hamas- »Kämpfer« bitte vermeiden!

Wie bereits von der Chefredaktion festgelegt, sollten wir nicht euphemistisch von Hamas- »Kämpfern«, sondern von Terroristen schreiben und sprechen. Als Synonyme bieten sich »militante Islamisten«, »militante Palästinenser«. »Terrormiliz« oder ähnliches an.

Die antisemitische Hamas wird international weitgehend als terroristische Organisation eingestuft.

Auch unterscheidet die Hamas – im Gegensatz zur israelischen Armee – in ihren Aktionen nicht zwischen militärischen Zielen und Zivilisten. Erklärtes Ziel der Hamas ist vielmehr die »Vernichtung Israels«. Dazu bedient sie sich terroristischer Mittel, etwa durch das Verüben von Anschlägen, wahllosen Raketenbeschuss und ähnliches.

Gleiches gilt für Mitglieder des »Islamischen Dschihad«, die an dem Hamas-Angriff beteiligt sind.

(Glossar Berichterstattung Nahostkonflikt (zur internen Nutzung)

Radikaler Islam, Islamismus, militanter Islamismus

Die Hamas ist klar islamistisch ausgerichtet – ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen Staates.

Dieses Ziel teilen aber auch islamistische Organisationen, die nicht auf Terror setzen – etwa die Muslimbrüder in Ägypten oder die Ennahda-Partei in Tunesien. Die Hamas dagegen will dieses Ziel mit Gewalt durchsetzen. Wir empfehlen daher die Begriffe »militant-islamistisch« oder »militante Islamisten«. Den Begriff Islamisten solo zu setzen, ist aber nicht falsch. Bitte die »Gewaltspirale« vermeiden. Die Floskel sagt wenig aus und geht in der Regel an den Realitäten vorbei. Im aktuellen Fall hat die Hamas Israel überraschend angegriffen – wir sollten daher auch vom »Hamas-Angriff auf Israel« oder vom »Angriff auf Israel« sprechen und schreiben.

Aktion und Reaktion

Mit der mutmaßlichen harten Reaktion der israelischen Armee wird sich in den kommenden Tagen der Fokus und damit auch unsere Berichterstattung auf den Gazastreifen und das Leid der dortigen Bevölkerung verschieben. Wir sollten dabei aber nicht ausblenden, dass die Hamas den aktuellen Konflikt begonnen hat.

Wer greift was an?

Die israelische Armee fliegt als Reaktion Angriffe im Gaza-Streifen. Ziele waren in der Vergangenheit stets militärische Einrichtungen der Hamas. Oft sterben dabei viele Zivilisten – die Hamas nutzt diese oft als menschliche Schutzschilde. Dennoch sollten wir stets klarmachen, dass es sich in der Regel um Angriffe auf militärische Ziele handelt.

In diesem Zusammenhang sollten wir auch auf die immer wieder auftauchenden euphemistischen »Luftschläge« verzichten. Es handelt sich um Angriffe mit Raketen und Kampffjets.«

Dank an die NachDenkSeiten für die Überlassung des Artikels, der erstmals am 27. Oktober 2023 erschien

Redaktion vom ver.di-Landesvorstand reglementiert

Nachdenken unerwünscht ?

Peter Asmussen

Der Newsletter 55+ des Landesbezirks Berlin-Brandenburg für den Fachbereich A wird von einem ehrenamtlichen Redaktionsteam seit vielen Jahren erstellt. Seine Aufgabe: Die KollegInnen hier über kommentierte Links, auf relevante soziale und politische Nachrichten aus der Gewerkschaftspresse, aber auch aus anderen geprüften Quellen aufmerksam zu machen.

Das passte einer Minderheit in der Redaktion nicht, insbesondere forderte sie, nicht mehr auf gewerkschaftsfremde Artikel zu verweisen. Deziert waren die NachDenkseiten gemeint, denen sie allgemein vorwarfen Verschwörungstheorien zu verbreiten. Eine Diskussion in der Redaktion ergab, dass die Mehrheit sich keine Vorschriften machen lassen wollte. Die Minderheit beschwerte sich daraufhin beim Landesvorstand. Der ohne Rücksprache mit der Redaktion mitteilen ließ, dass künftig generell nicht mehr auf Artikel der NachDenkseiten verlinkt werden sollte. Daraufhin schrieb der langjährige Leiter der redaktionellen Zusammenkünfte, Ralf Seidel, folgenden Brief:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute sende ich keine Einladung zu einer Sitzung, vor Ort oder als Videokonferenz. Ich sende in diesen Zeilen meine Sicht zum Nichterscheinen des Newsletters 55+ ab September 2023.

Was war geschehen? Es wurde von einer kleinen Gruppe von Mitgliedern des Reaktionsteams moniert, dass die aktiv an der Redaktionssitzung Teilnehmenden öfters auf Beiträge aus den NachDenkseiten hingewiesen haben.

Wir haben unseren mündigen Leserinnen und Leser ein Angebot gemacht und sie nicht gezwungen diese Beiträge zu lesen.

Wir als aktives Reaktionsteam haben keine Hinweise bekommen, dass die Beiträge, auf die wir als Link hingewiesen haben, fehlerhafte Informationen liefern.

Wir haben aus der Leserschaft keine Hinweise erhalten diese Informationsquelle nicht zu nutzen.

Von einer Leserin haben wir eine Mitteilung erhalten, dass die Herausgeber der NachDenkseiten Verschwörungstheorien verbreiten. Dieses wurde in mehrfachen Zitaten aus einer Wikipedia - Seite aufgezeigt. Dabei ging es nicht um Inhalte unserer zitierten Links.

In einer Hybrid - Videoredaktionskonferenz im ver.di Haus am 28.02.2023 waren 10 Interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer, teils persönlich, teils als Videoteilnehmer anwesend. Über diese Problematik wurde diskutiert und nachher abgestimmt:

Es werden keine Quellen ausgeschlossen, die Inhalte aber geprüft.

Das war die überwiegende Meinung der Beteiligten.

Eine kleine Minderheit von wenigen Personen (4?) war aber offenbar mit der Entscheidung nicht zufrieden und wandten sich an die Fachbereichsleitung A. Von dort ging dann die Anweisung an (...), er solle uns mitteilen, dass nicht mehr die NachDenkseiten als Quelle verwendet werden soll, das würde ja ein schlechtes Bild auf die Gewerkschaft werfen und man wolle keine Auseinandersetzung darüber in der Öffentlichkeit. (Frage: wovor hat man Angst?)

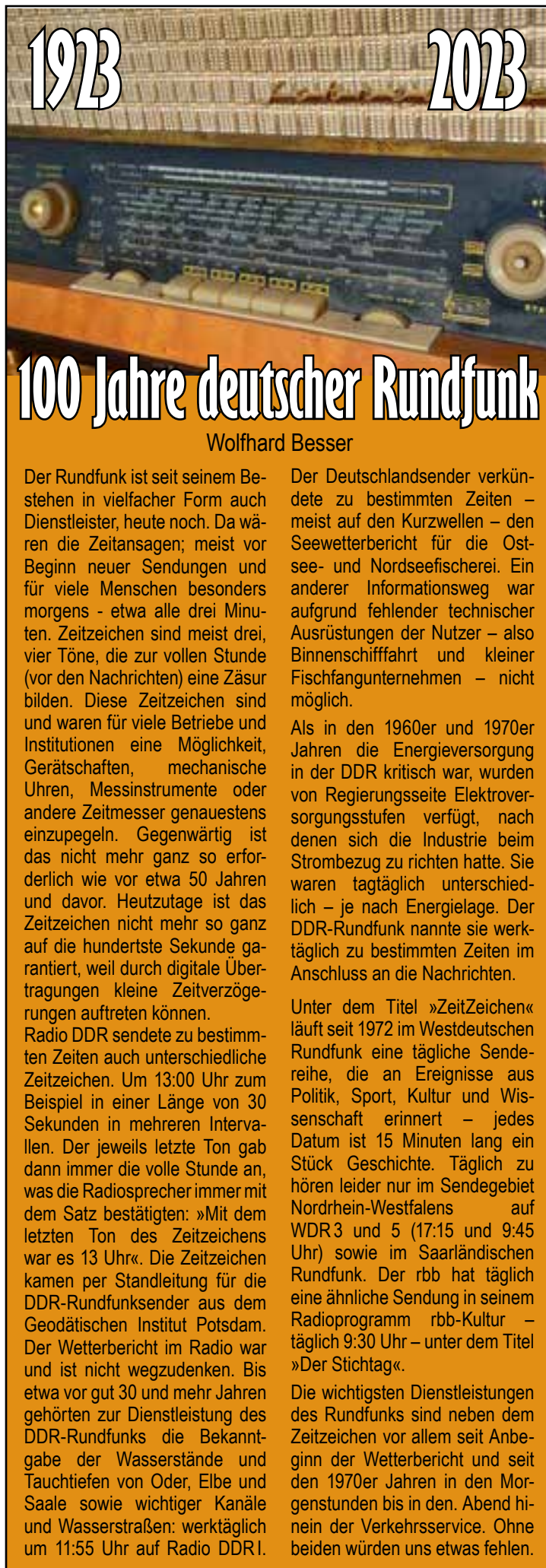
Das empfinde ich als einen Maulkorberlass und habe daher meine Mitarbeit am Newsletter 55+ eingestellt. Ich finde es wichtig, auch über den Tellerrand zu schauen und nicht nur gewerkschaftliche, SPD-freundliche und weitere weichgespülte Quellen den Lesern anzubieten.

Als ich gerade unterwegs war, hat (...) versucht, mir ihre Meinung zum Verbot der NachDenkseiten in unserem Newsletter zu erklären, das kann ich als ihre Position respektieren, ist aber nicht meine Welt. Ich lass mir nicht meine Meinung verbieten.

Die Spitze ist, dass ein Newsletter 55+ August 2023 erschienen ist, - von wem eigentlich legitimiert? - der genau dem Maulkorberlass von oben entspricht.

Es gibt leider genug Probleme, Ungerechtigkeit, Demokratiegefährdung, der man aktiv entgegenzutreten muss, statt Meinungsvielfalt mit Verboten einzuengen und engagierten Kollegen vor den Kopf zu stoßen!

Ralf Seidel



1923 2023

100 Jahre deutscher Rundfunk

Wolfhard Besser

Der Rundfunk ist seit seinem Bestehen in vielfacher Form auch Dienstleister, heute noch. Da wären die Zeitansagen; meist vor Beginn neuer Sendungen und für viele Menschen besonders morgens - etwa alle drei Minuten. Zeitzeichen sind meist drei, vier Töne, die zur vollen Stunde (vor den Nachrichten) eine Zäsur bilden. Diese Zeitzeichen sind und waren für viele Betriebe und Institutionen eine Möglichkeit, Gerätschaften, mechanische Uhren, Messinstrumente oder andere Zeitmesser genauestens einzupegeln. Gegenwärtig ist das nicht mehr ganz so erforderlich wie vor etwa 50 Jahren und davor. Heutzutage ist das Zeitzeichen nicht mehr so ganz auf die hundertste Sekunde garantiert, weil durch digitale Übertragungen kleine Zeitverzögerungen auftreten können.

Radio DDR sendete zu bestimmten Zeiten auch unterschiedliche Zeitzeichen. Um 13:00 Uhr zum Beispiel in einer Länge von 30 Sekunden in mehreren Intervallen. Der jeweils letzte Ton gab dann immer die volle Stunde an, was die Radiosprecher immer mit dem Satz bestätigten: »Mit dem letzten Ton des Zeitzeichens war es 13 Uhr«. Die Zeitzeichen kamen per Standleitung für die DDR-Rundfunksender aus dem Geodätischen Institut Potsdam. Der Wetterbericht im Radio war und ist nicht wegzudenken. Bis etwa vor gut 30 und mehr Jahren gehörten zur Dienstleistung des DDR-Rundfunks die Bekanntgabe der Wasserstände und Tauchtiefen von Oder, Elbe und Saale sowie wichtiger Kanäle und Wasserstraßen: werktäglich um 11:55 Uhr auf Radio DDR1.

Der Deutschlandsender verkündete zu bestimmten Zeiten - meist auf den Kurzwellen - den Seewetterbericht für die Ostsee- und Nordseefischerei. Ein anderer Informationsweg war aufgrund fehlender technischer Ausrüstungen der Nutzer - also Binnenschiffahrt und kleiner Fischfangunternehmen - nicht möglich.

Als in den 1960er und 1970er Jahren die Energieversorgung in der DDR kritisch war, wurden von Regierungsseite Elektroversorgungsstufen verfügt, nach denen sich die Industrie beim Strombezug zu richten hatte. Sie waren tagtäglich unterschiedlich - je nach Energielage. Der DDR-Rundfunk nannte sie werktäglich zu bestimmten Zeiten im Anschluss an die Nachrichten.

Unter dem Titel »Zeitzeichen« läuft seit 1972 im Westdeutschen Rundfunk eine tägliche Sendereihe, die an Ereignisse aus Politik, Sport, Kultur und Wissenschaft erinnert - jedes Datum ist 15 Minuten lang ein Stück Geschichte. Täglich zu hören leider nur im Sendegebiet Nordrhein-Westfalens auf WDR3 und 5 (17:15 und 9:45 Uhr) sowie im Saarländischen Rundfunk. Der rbb hat täglich eine ähnliche Sendung in seinem Radioprogramm rbb-Kultur - täglich 9:30 Uhr - unter dem Titel »Der Stichtag«.

Die wichtigsten Dienstleistungen des Rundfunks sind neben dem Zeitzeichen vor allem seit Anbeginn der Wetterbericht und seit den 1970er Jahren in den Morgenstunden bis in den Abend hinein der Verkehrsservice. Ohne beiden würden uns etwas fehlen.

Einseitige Sichtweise

Gerhard Manthey

Wohin die Ohren und Augen sich wenden: Kaum eine journalistische Grundregel wird von den politischen und kulturellen Verantwortlichen eingehalten, respektiert. Im Gegenteil: Ein aktivistischer Journalismus, der keine gesicherten Quellen mehr

ihrer brutalen Kriegsführung auf Israel scharf verurteilte, aber auch Israel eine Verletzung des Völkerrechts vorwarf. Die Vertreter der deutschen Regierung und der Parteien reagierten überwiegend empört und forderten

hat viele Freunde, den Menschen dort wird geholfen. Dank dafür.

Wer in diesen Tagen als JournalistIn sich auf eine strikte Neutralität beruft, zieht sich den Zorn von Politikern in vielen Ländern und

lichen Kosten für die Zivilbevölkerung in Israel und Gaza und die beispiellose Natur dessen, was geschehen ist, deutlich gemacht. Der enorme Verlust an zivilen Opfern auf beiden Seiten macht diese Geschichte schockierend und schwierig zu berichten.« Ein informierter deutscher Bürger und eine Bürgerin, die das Gleiche von ihrem deutschen Rundfunk und Fernsehen sagen könnte, wäre schön.

Unicef schreibt: »Über 2360 Kinder gestorben im Gaza-Streifen«. Bei »unerbittlichen Angriffen« wie die Unicef-Regionaldirektorin Adele Khodr für den Nahen Osten und Nordafrika sagte. »Die Tötung und Verstümmelung von Kindern, die Angriffe auf Krankenhäuser und Schulen sowie die Verweigerung des Zugangs für humanitäre Hilfe, stellen schwere Verletzungen der Kinderrechte dar.«

Doch es gibt auch Positives in dieser Republik. Über 100 in Deutschland beheimatete jüdische Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen unterzeichnen einen offenen Brief für Frieden und Meinungsfreiheit. »Wir fordern Deutschland auf, sich an seine eigenen Verpflichtungen zur freien Meinungsäußerung und zum Versammlungsrecht zu halten, wie sie im Grundgesetz verankert sind, das wie folgt, beginnt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Wenn wir dies auf einem ovalen Button in der Straßenbahn tragen mit den Flagge Deutschlands, Israels und Palästinas versehen, wäre das ein gutes Zeichen.

Die deutsche Wirtschaft und das Marketing wollen beim Krieg nicht beiseite stehen: 106 Unternehmen setzen ein Zeichen gegen Antisemitismus: Ein Statement gegen Judenhass. Das ist für jeden Bürger eine Christenpflicht. Doch wer die Liste dieser 106 Unternehmen liest, findet eine Reihe, die sich im Dritten Reich mit Fremdarbeitern bereicherten, an der Arisierung jüdischer Geschäfte partizipierte oder wie die Deutsche Reichsbahn viele Hunderttausend jüdischer Bürger in Waggons in die KZs transportierten.



Klaus Stüttmann

benennt, sondern selbst die eigene oder die Meinungen der politischen Eliten fraglos weitverbreitet, greift mehr und mehr um sich.

Einige Leseproben: Ein Pfarrer, der sich in seinem »Wort zum Sonntag« erklärend so ausweist: »Natürlich habe ich nicht nur von den israelischen Gewaltopfern, die unter dem Terror der Hamas leiden gesprochen, wenn ich auf die biblische Annahme einer göttlichen Solidarität mit den Opfern von Gewalt hinweise. Aber in diesen Tagen stehen sie natürlich besonders im Fokus und haben unser volles Mitgefühl und unsere Solidarität verdient.« Wer den Krieg der Hamas-Miliz und ihrer Opfer verurteilt und auch den Blick über den Gaza-Streifen richtet, wird sogleich des »klassischen Musters der Relativierung des Terrors« geziehen.

Das geschah im Oktober dem UN-Generalsekretär António Guterres, der im UN-Sicherheitsrat den Angriff der Hamas und

die uneingeschränkte Solidarität mit der israelischen Regierung.

Im Alten Testament gibt es als Leitlinie für das Verhalten im Krieg: Für einen verlorenen Zahn einen anderen beim Gegner auszuschlagen und ein eingebüßtes Auge mit der Blendung eines anderen zu ahnden. Das ist eine kluge Weisung, weil nur eine angemessene Reaktion die Möglichkeit für eine Friedensverhandlung eröffnet.

Doch was geschieht, wenn ein ganzes Gebiss verloren geht oder das Augenlicht zweifach gelöscht wird? Jede Kriegsgeschichte lehrt uns, dass übermäßige Reaktionen langlebigen Hass produzieren. Wer hier nach Frieden ruft, ist ein einsamer Rufer. Die »Auslöschung« des Gegners wird zur realen Phantasie mit realem Blutausch. Ist es nicht das dringlichste Gebot, sofort für eine umfassende Waffenruhe und humanitäre Maßnahmen für die zwei Millionen Menschen im Gaza-Streifen einzuleiten? Israel

insbesondere des israelischen Präsidenten Jitzchak Herzog zu, der per »Daily Mail« sich so über die BBC äußerte: »Die Tatsache, dass (die BBC) die Hamas nicht als Terrororganisation anerkennt, erfordert einen juristischen und einen öffentlichen Kampf. Es ist unglaublich.« Welche andere Art von Folter wollen sie, bevor sie zu dem Schluss kommen, dass es sich um eine terroristische Organisation handelt? Die BBC bezeichnet die Hamas-Kämpfer als »Militante«.

Der öffentlich-rechtliche Sender beruft sich auf seine strikte Neutralität. Das würde auch den deutschen öffentlich-rechtlichen Medien gut anstehen. Die BBC erhielt 1500 Beschwerden über ihre Berichterstattung über Israel und die Hamas, die in etwa 50:50 auf jeder Seite aufgeteilt sind. Die BBC teilte mit: »Wir haben unser Publikum aus erster Hand über die von der Hamas begangenen Gräueltaten und das Leid in Gaza versorgt. Wir haben die verheerenden mensch-

Mietverhältnisse**Sozialer Zündstoff**

Gerhard Wasielewski

Wie steht es mit der Würde, wenn man per Eigenbedarfsklage nach Jahrzehnten aus der Wohnung geworfen wird und keine bezahlbare Wohnung findet? Vom Amt wird ein Bett in einem Mehrbettzimmer angeboten. Damit soll das Recht auf Wohnen und auf Würde gewahrt sein.

Niemand prüft später, ob der Eigenbedarf real war, auch wenn mehrere andere Wohnungen im Haus nach dem gleichen Muster frei gemacht und verkauft wurden. Das ist nicht frei erfunden, sondern findet so ähnlich tagtäglich statt. Und Zehntausende leben in Berlin in Notunterkünften, oder gar auf der Straße.

Dafür bekommen neuerdings mehr Menschen einen Wohnberechtigungsschein für eine Sozialwohnung. Aber es werden immer weniger bezahlbare oder Sozialwohnungen gebaut. Dafür fallen viele Sozialwohnungen aus der Bindung. Was nutzt da so ein ungedeckter Scheck?

In der Berliner Verfassung steht auch das Recht auf Arbeit, obwohl Berlin nach enormer Deindustrialisierung Hauptstadt der Arbeitslosen ist. Von den sechs größten Städten der Bundesrepublik hat Berlin die höchste Arbeitslosenquote: 8,8 Prozent im Jahr 2022. Aber bei der Mietsteigerung sind wir Spitze - das gleicht das doch aus, oder?

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Deshalb müssen auch Millionäre Kindergeld bekommen. Aber Hartz-IV-Empfänger bekommen keines, das würde mit den Hartz-IV-Sätzen verrechnet werden. Also: Arme Familien haben arme Kinder. Kinderbetten in Krankenhäusern werden auch weniger, obwohl die Zahl der Kinder aktuell steigt. Auch das trifft die Ärmsten am meisten.

Jedes Kind hat Anspruch auf einen Krippen- und Kindergartenplatz - es gibt nur nicht genügend Kindergärten, und viele haben Öffnungszeiten, die mit Arbeitszeiten vieler Eltern nicht kompatibel sind. Gründen wir einen privaten Kinderladen. Aber da sind teure Vorschriften einzuhalten, und weil Kinderläden gewerbliche Mietverträge haben, wo Mieterhöhungen und Kündigungen leichter durchsetzbar sind,

hängen schon die bestehenden zunehmend um ihre Existenz. Wäre man reich, dann gäbe es noch andere Möglichkeiten.

Was ist mit dem Recht auf Bildung - wenn Schulen und Lehrer zu wenige sind, wenn die Sprachförderung zwar gesetzlich geregelt ist, aber nicht umgesetzt wird, also Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Schulen kommen? Der Schulausfall während Corona kommt dazu. Inzwischen darf man das kritisieren, das ist nicht mehr automatisch rechtes Geschwurbel. Wer es sich leisten kann, schickt den Nachwuchs in Privatschulen. Und studieren? Privatunis haben wachsenden Zulauf. Der Satz für Wohnen beim Bafög reicht dagegen nicht mal für ein WG-Zimmer!

Es sind eben nur auf dem Papier alle gleich, das ist zwar besser als gar keine Gesetze für alle, aber was real passiert, das ist die wirkliche Ordnung, und real nimmt die Ungleichheit zu.

Gedenkkultur**Ernst Thälmann**

Angelika Kurowski

Wie gern habe ich als Kind im Schulchor oder auf öffentlichen Veranstaltungen beim Thälmannlied mitgesungen. Alle Strophen kenne ich nicht mehr auswendig, aber den Refrain, in dem es heißt: »Thälmann und Thälmann vor allen! Deutschlands unsterblicher Sohn. Thälmann ist niemals gefallen, Stimme und Faust der Nation.« Wir, die damaligen Jung- und Thälmannpioniere sind in dem Bewusstsein aufgewachsen, dass es nie wieder einen Krieg geben würde. 1945 kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges geboren, gehöre ich jener Generation an, die keinen Krieg am eigenen Leibe erleben musste.

Als ich bei der Gedenkveranstaltung am 20. August dieses Jahres anlässlich des 79. Jahrestages der feigen Ermordung des großen deutschen Arbeiterführers in die Teilnehmerrunde blickte, sah ich überwiegend Menschen meines Alters oder darüber hinaus.

Habersaathstraße**Katastrophale Zustände**

Gerhard Wasielewski

Gegenwärtig laufen »Verwertungskündigungen« und Räumungsklagen gegen die Mieter in der Berliner Habersaathstraße. Der Eigentümer zog bei den bisherigen Verhandlungen den Kürzeren, denn er will das Recht auf Maximalgewinn einklagen und dafür das vollsanierte Haus mit niedrigen Mieten abreißen, wofür es keine gesetzliche Grundlage gibt.

Kurz vor jedem Prozesstermin macht der Hauseigentümer, die Arcadia Estates GmbH, einen Überfall mit angeheuertem Kräfte, der sich vordergründig gegen die ehemals obdachlosen neuen Bewohner richtet, stellte Strom und warmes Wasser ab, zerschlug Fenster heraus. Auch den älteren Mietern wurde das warme Wasser abgestellt, sie hatten tagelang keinen Schlüssel für die von jetzt auf gleich gewechselten Haustürschlösser (die neuen Bewohner bis heute nicht) und manche tagelang keinen Strom. Das Abstellen der Fernwärme droht, Zugänge zum

Keller und Hof wurden zugemauert. Das soll sie gefügig machen. Aber Freunde und Sympathisanten sind gleich zur Stelle und die Medien wurden alarmiert.

Die Polizei sieht zu, wenn der Eigentümer ungesetzliche Gewalt anwendet. Das ist ja auch keine Zwangsräumung. Auch die einst legal eingezogenen neuen Bewohner kann er nicht einfach nach bald zwei Jahren mit angeheuertem Kräfte rauswerfen lassen, wie er es versucht hat.

In Berlin schreiben Zeitungen stolz, dass 32 Menschen in einem »Housing First«-Projekt untergebracht sind. Aber bei über 60 ehemaligen Obdachlosen in Wohnungen ist es Privatangelegenheit, wenn sie in Eigenmacht wieder auf die Straße geworfen werden sollen? Und dass die Mieter, die bisher die Prozesse gewannen, laufend schikanisiert werden, ist auch nicht gesetzeskonform. Aber der Schutz des Eigentums von Spekulanten scheint für manche höher zu stehen.

Ordnung halten. Dieser Stein erinnert an das 2010 abgerissene »Sporthaus Ziegenhals«, in dem Thälmann 1933 vor KPD-Funktionären sprach. Vielleicht können die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung 2024, zum 80. Jahrestag, auch wieder einmal Vertreter der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM), die Mitglied des Ständigen Forums der Europäischen Linken - der Regionen (SFEL - R) ist, am Gedenkstein begrüßen. Schließlich haben sie unter ihren Mitgliedern beträchtliche Spenden für den Stein gesammelt. An der Gedenksteinenthüllung vor zehn Jahren hatte auch unser unvergessener Freund Jarosit Koksokhle (KSČM-Europaabgeordneter), teilgenommen und dort eine Rede gehalten.

Passen wir auf die Denkmale auf! In Bautzen und in Cottbus wurde je einer Schule der Name »Ernst Thälmann« aberkannt. Während in Cottbus das Denkmal vom Schulhof entfernt wurde, aber immerhin noch in dessen Nähe einen neuen Platz bekam, ist das Bautzener Denkmal plötzlich und in Gänze verschwunden gewesen.

33. FilmFestival Cottbus

Vieles neu, vieles anders

Angelika Kurowski

Das FilmFestival Cottbus ist eines der weltweit führenden Festivals für das aktuelle Filmschaffen in Mittel- und Osteuropa. Vom 7. zum 12. November 2023 werden 150 Filme aus 40 (Ko)Produktionsländern präsentiert. Junge Talente messen sich mit etablierten RegisseurlInnen. Zwölf Filme aus 19 (Ko)Produktionsländern konkurrieren um die »Lubinas« für den besten Film, die beste Regie und eine herausragende darstellerische Leistung. »Wir sind in diesem Jahr so vielfältig unterwegs wie noch nie«, sagt Programmdirektor Bernd Buder.

Deutschland-Premieren feiern auch Polens erster Zombie-Film APOKAWIXA (Xawery Żuławski, PL), CHILD MACHINE (Rain Rannu, EE), ein Sci-Fi-Abenteuerfilm, der auf die Gefahren Künstlicher Intelligenz hinweist und die Sinnuche zweier Skateboard-Brüder im stylischen Schwarzweiß-Hipster-Look in BROYS von Marcin Filipowicz (Polen).

Neben dem Wettbewerb Spielfilm sind auch traditionell der Wettbewerb Kurzfilm und der Wettbewerb Jugendfilm Bestandteil. In acht weiteren Programmsektionen gibt das 33.FFC einen Überblick über das aktuelle Filmschaffen in Mittel- und Osteuropa.

Im diesjährigen FFC-Programm sind unter anderem auch Wettbewerbsbeiträge aus der Ukraine, die zeigen, dass ukrainisches Kino wei-

terhin zu den kreativsten Filmlandschaften Europas gehört. »Forever Forever« von Anna Buryachkova (Ukraine/Niederlande) gibt einen seltenen Einblick in die komplexe Gefühlswelt des Erwachsenwerdens der postsowjetischen »90er Jahre Kids« in Kyjiw. Der Kurzfilm »As it was« (Damian Kocur, Anastasia Solonevych / Polen/Ukraine) spielt ebenfalls in Kyjiw, ein zarter Film über den Versuch eines Alltagslebens mitten im Krieg.

Das Close up: Kazachstan bietet einen Überblick über die ungeahnte Vielfalt des kasachischen Kinos. Es sind Filme eines Landes, das geopolitisch zwischen der Russischen Föderation und China gelegen, auf der Suche nach einer eigenen Identität ist. Kasachische Filmschaffende beteiligen sich kreativ daran, zwischen künstlerischer Reflexion und spannender Unterhaltung. Zwei Panel-Diskussionen ergänzen das Programm.

In EcoEast werden, im zweiten Jahr in Folge, Filme zu ökologischen Themen und Nachhaltigkeit gezeigt, zwischen Forstwirtschaft in den ukrainischen Karpaten bis zum Öko-Thriller über den schmelzenden Tujuksu-Gletscher in Kasachstan.

In den letzten Jahren zeugt die zunehmende Anzahl internationaler und nationaler Auszeichnungen für Produktionen von Regisseurinnen von einem positiven Trend in der internationalen Festivallandschaft.

Dennoch ist der Kampf weiblicher Filmschaffender um Förderung und Anerkennung weiterhin von zahlreichen und unterschiedlich motivierten Hindernissen bestimmt. Das FFC zeigt in der Filmreihe »Polskie Horyzonty: Der weibliche Blick« beispielhaft eine Auswahl ganz unterschiedlicher Filme polnischer Regisseurinnen wie von Agnieszka Smoczyńska: Ihr Debutfilm »The Lure« ist ein Genre-Crossover aus Musical, romantischer Komödie und modernem Märchen. Und Agnieszka Zwiefka bringt mit »Vika« die wahre Geschichte der mit 84 Jahren ältesten DJane Polens auf die Kinoleinwand.

Im FFC-Programm gibt es außerdem wieder die bereits vertrauten Sektionen Spectrum mit Filmen zwischen Geschichtsreflexion und durchgedrehter Comedy, Hits, die in ihren Produktionsländern für ausverkaufte Kinosäle sorgen. In diesem Jahr mit dem Sonntagsfilm »Das Märchen von der Zauberflöte«, in dem Jessica Schwarz die Königin der Nacht spielt. Das FullDome-Programm bietet im Cottbuser Raumflugplanetarium wieder eine einzigartige Gelegenheit, sich in den Bann einer 360-Grad-Projektion ziehen zu lassen.

In der Sektion »Heimat | Domownja | Domizna« gibt es zum ersten Mal die »Lange Nacht der kurzen Lausitzer | Dłujka noc krotkich luzyskich filmow | Dotha nóc krót-

kich luzyskich filmow«. Jene Beiträge, welche die Themen des sorbischen/wendischen Volkes aufgreifen und die sorbische Sprache einbeziehen, konkurrieren um den Sonderpreis der Stiftung für das sorbische Volk. In dieser Sektion wird des Weiteren in »Serbska Utopija« von Erik Schiesko die sorbische Zukunft diskutiert und mit »Vom Suchen und Finden« (Luka Golinski, Mira Dubian) ist der erste niedersorbische Coming Out-Film im Programm. Außerdem erzählt »Let the river flow« (Ole Giæver, Norwegen), der während der Umweltproteste gegen das Alta-Staudammprojekt spielt, von der Verdrängung der Minderheit der Sâmi. Es ist ein Film, der viele Parallelen zu den sorbischen Erfahrungen in der Lausitz aufzeigt. Zum 60. Geburtstag des Cottbuser Filmemachers Donald Saischowa zeigt das FFC darüber hinaus eine Auswahl seiner Werke. Kuratiert wird die Sektion Heimat nicht mehr wie viele Jahre von Grit Lemke, sondern von der Malerin Hella Stoletzki, die 2022 bereits an der Seite der erfahrenen Filmfachfrau als Ko-Kuratorin ihren Einstand gab.

Bei aller Euphorie sei auf folgenden Umstand hingewiesen: Für die Filmfestivals arbeiten hochqualifizierte ExpertInnen professionell und flexibel, aber zumeist prekär. Weil diese schreiende Ungerechtigkeit fortbesteht, fordert die AG Festivalarbeit in ver.di die Einhaltung sozialer Mindeststandards, angemessene Entgelte und Honore sowie die Anerkennung künstlerischer Tätigkeiten im Rahmen von Festivals durch die Künstlersozialkasse. Filmfestivals dürfen keine rechtsfreien Räume mehr sein.

Wer ist wer im ver.di-Fachbereich A?

Finanzdienstleistungen

Zum ver.di-Fachbereich Finanzdienstleistungen gehören die Beschäftigten der Banken und Sparkassen, der Postbank, der Versicherungen und der Bundesbank

Medien, Kunst und Industrie

Hier geht es um Print- und audiovisuelle Medien, Verlage, Künstler und Kulturschaffende, die Druckindustrie sowie Papierverarbeitung und industrielle Dienstleistungen

Telekommunikation, Informationstechnologie und Datenverarbeitung

Der Fachbereich fokussiert die Telekommunikations- und IT-Branche, die in entsprechenden Fachgruppen abgebildet werden

Ver- und Entsorgung

Wir vertreten die beruflichen, fachlichen und sozialen Interessen aller Beschäftigten in der Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft sowie im Bergbau

Außenpolitik*

Abschieben und abwerben

(31.10.2023) Bundeskanzler Olaf Scholz wünscht von Nigeria eine stärkere Belieferung Deutschlands mit Flüssiggas und verlangt die umstandslose Rücknahme nigerianischer Flüchtlinge. Scholz, der erst in der Hauptstadt Abuja, dann in der Wirtschaftsmetropole Lagos Gespräche führte, setzt damit seine Versuche fort, die Erdgasimporte aus afrikanischen Ländern zwecks Ersetzung russischen Gases zu erhöhen – ein Schritt, der bereits im vergangenen Jahr einiges Kopfschütteln ausgelöst hat: Zuvor hatte die Bundesregierung afrikanische Länder immer wieder zum Ausstieg aus der Förderung fossiler Energieträger aufgefordert. Parallel zur verstärkten Abschiebung von Nigerianern will Berlin laut Scholz »Talente« aus dem Land zur Erwerbsarbeit bei deutschen Unternehmen gewinnen – ein Beitrag zum brain drain, der Entwicklungsländern dringend benötigte und teuer ausgebildete Fachkräfte nimmt. Scholz führte in Nigeria außerdem Gespräche über die Entwicklung in Niger; dort wollte die EU im Sommer mit nigerianischer Hilfe eine Militärregierung stürzen, die zuvor einen prowestlichen Präsidenten entmachtete hatte und das Land zu echter Unabhängigkeit von den Ex-Kolonialmächten führen will.

Kriegstauglich machen

(31.10.2023) Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) sucht die deutsche Bevölkerung auf einen möglichen Krieg einzuschwören und fordert, die Bundesrepublik müsse »kriegstüchtig werden«. »Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte«, äußerte Pistorius. In einer Rede an der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr erklärte er vor rund 300 Offizieren, dass die 100 Milliarden Euro Sonderschulden, die Kanzler Olaf Scholz (SPD) unmittelbar nach Beginn des Ukraine-Kriegs zur Aufrüstung der Bundeswehr bereitgestellt hatte, allenfalls bis 2027 oder 2028 ausreichen. Vizekanzler Robert Habeck (Bündnis 90/ Die Grünen) spricht sich bereits ausdrücklich für ein zweites Schul-

denprogramm zur Finanzierung der weiteren Waffenbeschaffung aus. Weil Deutschland militärisch auf Bündnisse angewiesen sei, erklärt Pistorius Kritik an NATO und EU zur Gefährdung der »Sicherheit Deutschlands«. Er engt damit die Bandbreite öffentlich akzeptierter Meinungen weiter ein. Darüber hinaus dringt er auf einen »Mentalitätswechsel« in der Bevölkerung hin zu größerer »Wehrhaftigkeit«.

Dritte Verhandlungsrunde

(27.10.2023) Unter ungewissen Vorzeichen findet in Malta die dritte Verhandlungsrunde zur Beendigung des Ukraine-Kriegs statt. Offiziell lädt, wie bereits bei den ersten beiden Runden in Kopenhagen und in Jiddah, Kiew zu den Gesprächen ein. Sein Ziel ist es, der »Friedensformel« von Präsident Wolodymyr Selenskyj Anerkennung zu verschaffen, die einen vollständigen Abzug der russischen Truppen aus allen bis Anfang 2014 zur Ukraine gehörenden Territorien vorsieht und Moskau zur Erfüllung zahlreicher weiterer ukrainischer Forderungen veranlassen will. Angesichts der militärischen Lage ist dies gegenwärtig absurd denn je. Könnten bei den ersten beiden Verhandlungsrunden zumindest Absprachen angebahnt und ein Rahmen abgesteckt werden – etwa über Sicherheitsgarantien sowohl für die Ukraine als auch für Russland –, so ist nicht klar, ob dies auch in Valletta möglich sein wird: Moskau wird nicht vertreten sein; über die Teilnahme anderer einflussreicher Staaten ist immer noch nichts bekannt. Dabei steht die US-Unterstützung für Kiew mehr denn je auf der Kippe; Munitionslieferungen sind ebenfalls fraglich, da Israel Patronen braucht.

Zurück zum Handelskrieg ?

(26.10.2023) Die EU und die Vereinigten Staaten stehen womöglich vor einer neuen Eskalation ihres Handelskriegs. Versuche, das zu verhindern, sind beim EU-USA-Gipfel gescheitert. Auf dem Gipfel sollte zum einen ein Weg gefunden werden, die Vergünstigungen des 369 Milliarden US-Dollar schweren Inflation Reduction Act (IRA) auch für Elektroautos zu erhalten, die

aus der EU in die USA importiert werden. Das wäre insbesondere für deutsche Kfz-Konzerne von großer Bedeutung gewesen. Das Bestreben schlug fehl: Washington hatte als Gegenleistung EU-Strafzölle gegen China verlangt, die WTO-Regeln brechen und lediglich von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für gut befunden wurden. Nicht gelungen ist es außerdem, eine Lösung für Stahl- und Aluminiumlieferungen aus der EU in die USA zu finden. US-Präsident Donald Trump hatte Strafzölle auf sie verhängt, die sein Nachfolger Joe Biden ausgesetzt hatte, allerdings nur zum Teil sowie zeitlich beschränkt; die Frist läuft aktuell ab. Setzen die USA die Strafzölle wieder in Kraft, dürfte die EU mit Gegenzöllen antworten. Die neuen Belastungen träfen vor allem Deutschland in einer ernsten Wirtschaftskrise.

Westens Glaubwürdigkeit

(25.10.2023) In einem Protestschreiben attackieren rund 850 EU-Mitarbeiter die eigenmächtige Politik von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum Krieg im Gazastreifen. Hintergrund ist die Debatte, wie sich Brüssel nach den Hamas-Massakern vom 7. Oktober zu den israelischen Angriffen auf den Gazastreifen und zum Abschneiden der Zivilbevölkerung von Nahrung und Wasser verhalten soll. Während eine EU-Mehrheit von Israel die Einhaltung des humanitären Völkerrechts fordert, hatte von der Leyen das unterlassen. Dazu heißt es in dem Protestschreiben, man sei »besorgt« über »die scheinbare Gleichgültigkeit« gegenüber Zivilisten in Gaza: »Die EU riskiert all ihre Glaubwürdigkeit.« Schon vergangene Woche hatten Diplomaten gegenüber der Financial Times geurteilt, der Maßstab, den man gegenüber Russland im Ukraine-Krieg anwende, müsse auch im Gaza-Krieg gelten.

Atomkriegsszenario

(24.10.2023) Mitten im Ukraine-Krieg und während der Eskalation der Kämpfe im Nahen Osten übt die NATO Luftangriffe mit Atombomben gegen einen Feind mit den militärischen Fähigkeiten Russlands. In dem Manöver Steadfast Noon,

wird der Einsatz von US-Nuklearwaffen durch die Luftstreitkräfte europäischer Staaten geübt. Hauptschauplatz ist dieses Jahr Italien. 13 Staaten sind beteiligt, darunter Deutschland. Erstmals in der Geschichte der Übung hat die NATO eine kleine PR-Offensive gestartet und einigen handverlesenen Journalisten nähere Details zu Steadfast Noon mitgeteilt; demnach wird ein Einsatz in einer »hoch umkämpften Umgebung« geübt. Die Vereinigten Staaten, deren Bomben auch in Deutschland gelagert werden, verzichten erklärtermaßen nicht auf den Anspruch eines nuklearen Erstschlages. Von einem solchen ist auch in NATO-Papieren die Rede.

Der Westen im Zielkonflikt

(20.10.2023) Die Bundesregierung fordert von Israel eine gewisse Mäßigung bei Blockade und Bombardement des Gazastreifens. Hatte sie bislang ausschließlich »Israels Recht auf Selbstverteidigung« postuliert und in der EU heftigen Unmut ausgelöst, so schränkte Außenministerin Annalena Baerbock die Berliner »Solidarität« auf den »Kampf gegen die Hamas« ein und drang auf die Einhaltung des Völkerrechts. Hintergrund ist eine entsprechende Kurskorrektur der Vereinigten Staaten. Diese haben zuletzt in Nah- und Mittelost spürbar an Einfluss verloren, was sich unter anderem in der Annäherung zwischen Saudi-Arabien und Iran ausdrückt. Zugleich hat Iran – eine Folge auch der westlichen Gewaltpolitik – in den vergangenen zwei Jahrzehnten erheblich an Einfluss gewonnen. Washington, mit dem Ukraine-Krieg ausgelastet, will einen Flächenbrand in der Region vermeiden, um sich vorrangig auf seinen Machtkampf gegen China zu fokussieren. In Berlin wird parallel aber auch eine stärkere militärische Unterstützung für Israel diskutiert – auch ein Einsatz der Bundeswehr.

german-foreign-policy.com bezieht weder direkt noch indirekt öffentliche Mittel und versteht sich als ein staatsfernes Medium. Die »Informationen zur deutschen Außenpolitik« sind parteipolitisch unabhängig und auf die private Unterstützung von Förderern und Spendern angewiesen.

German News Information GmbH

* Wir danken den KollegInnen von German News für die Übernahmeerlaubnis der Meldungen zur Außenpolitik, die wir zum Teil leicht gekürzt haben.

ver.di warnt vor Verschärfung des Asylrechts

Die Europäische Union will Flüchtlinge abschrecken, sich abschnitten und das Recht auf Asyl einschränken. ver.di hat sich der Kritik von Hilfsorganisationen, der Kirchen und vieler Parlamentarier an der Zustimmung der Bundesregierung zu den geplanten Verschärfungen des Asylrechts angeschlossen. Europa braucht vielmehr eine menschenwürdige und nachhaltige Migrationspolitik

Völkerrechtlich betrachtet ist die Sache eindeutig: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert in Artikel 14 das Recht auf Asyl. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 legt fest, wer ein Flüchtling ist und welche Rechte und Pflichten er oder sie gegenüber dem Aufnahmeland hat. Und ganz wichtig: Die Konvention verbietet, einen Flüchtling in ein Land zurückzuweisen, in dem sie oder er Verfolgung fürchten muss. Lediglich bestimmte Gruppen – etwa Kriegsverbrecher – sind von diesem Flüchtlingsstatus ausgeschlossen.

Nun will die Europäische Union weitreichende Entscheidungen in der Asylpolitik treffen und rüttelt damit an diesen seit Jahrzehnten bewehrten Prinzipien. In Luxemburg haben sich die EU-InnenministerInnen am späten Abend des 8. Juni auf den Kompromissvorschlag des schwedischen EU-Ratsvorsitz zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) geeinigt. Geplant ist danach eine Politik der Abschreckung, Abschnitten und eine Einschränkung des Rechts auf Asyl.

Erstmal in Asylhaft

Ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern sollen künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Im Normalfall soll anschließend innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob der Antragsteller bzw. die Antragstellerin Chancen auf Asyl haben. Wenn nicht, sollen sie umgehend zurückgeführt werden.

Zudem sollen die stark belasteten Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen, in denen die meisten Flüchtlinge ankommen, entlastet werden. Die Aufnahme von Flüchtlingen in den EU-Staaten soll künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, sollen demnach zu Ausgleichszahlungen gezwungen werden.

Anlässlich des Treffens der EU-InnenministerInnen hatte ver.di an Bundesinnenministerin Nancy Faeser als Verhandlungsführerin der Bundesregierung appelliert, einer Verschärfung des Asylrechts auf europäischer Ebene nicht zuzustimmen. Den Plänen der rechtspopulistischen, nationalistischen und postfaschistischen Regierungen in der EU müsse eine Absage erteilt

für asylsuchende Menschen und ihr Recht auf Schutz vor Krieg, Folter oder Verfolgung, sondern für uns alle, die wir ein anderes Europa wollen: ein Europa der Menschenrechte, der Freiheit und der Demokratie.«

Faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl

Die geplante Ausweitung sicherer Drittstaaten bedeute, dass selbst geflüchtete Menschen aus Syrien oder Afghanistan in Europa zunehmend abgelehnt werden könnten – ohne ihre Fluchtgründe individuell zu prüfen, betont Frank Werneke.

»Wenn die Agenda von Viktor Orban und Giorgia Meloni zur Richtschnur staatlichen Handels in Deutschland und weiteren Ländern der EU wird, drohen weitreichende negative Konsequenzen für die gesellschaftliche Ordnung in Europa.«

Frank Werneke, ver.di-Bundesvorsitzender

werden. »Wenn die Agenda von Viktor Orban und Giorgia Meloni zur Richtschnur staatlichen Handels in Deutschland und weiteren Ländern der EU wird, drohen weitreichende negative Konsequenzen für die gesellschaftliche Ordnung in Europa«, warnt der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Mit den geplanten Verschärfungen des Asylrechts wie verpflichtenden Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen unter haftähnlichen Bedingungen drohten Zustände wie in den Lagern auf den griechischen Inseln zur Regel in Europa zu werden. Diese Verfahren hätten nichts mit einem fairen, rechtsstaatlichen Vorgang zu tun, so Werneke. Romin Khan, bei ver.di zuständig für das Thema Migrationspolitik sagt: »Die auf dem Tisch liegenden Vorschläge gehen weit über reine Asylverfahrensfragen hinaus, sondern berühren die Frage, ob die EU noch rechtsstaatliche Prinzipien wahren lässt oder systematisch missachtet. Bleibt es dabei, wäre das eine fürchterliche Niederlage nicht nur

Gänzlich fehle die Bereitschaft im Rahmen des GEAS, die staatliche Seenotrettung im Mittelmeer zu reaktivieren und systematische Rechtsbrüche und Misshandlungen von Schutzsuchenden an den Grenzen der Mitgliedsstaaten zu unterbinden. »Wenn das Grundrecht auf Asyl nicht mehr in Anspruch genommen werden kann, kommt dies einer faktischen Abschaffung gleich«, so Werneke. Die Bundesregierung müsse stattdessen dem Koalitionsvertrag treu bleiben, der vorsehe, das Leid an den Außengrenzen zu beenden und Asylträge von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, inhaltlich zu prüfen.

ver.di schließt sich damit der Kritik von etlichen Hilfsorganisationen, der Kirchen und vieler Parlamentarier aus den Reihen der Ampel-Koalition an der Zustimmung der Bundesregierung zu den geplanten Verschärfungen des Asylrechts auf europäischer Ebene an. Es ist offensichtlich, dass es eine gemeinsame und nachhaltige Mi-

grationspolitik für Europa braucht, sagt Romin Khan. Das Ziel dieser Bundesregierung müsse es daher sein, eine solche zu entwerfen und voranzutreiben. Die Lösung könne nicht darin liegen, Instrumente zu verstärken, die heute schon systematische Menschenrechtsverletzungen erzeugen.

Maximilian Pichl, Rechts- und Politikwissenschaftler, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Fragen des Asylrechts. In einem aktuellen Interview mit der Hessenschau betont er, es sei ein Versagen der Politik und der Verwaltung, dass man nicht auf ein nachhaltiges Aufnahmesystem gepocht habe. »Man hätte Unterkünfte bereitstellen können, Mietverträge entfristen, auch Fachpersonal entfristen können.« Und es wäre möglich, dass Menschen schneller einen Zugang zu Arbeit, Wohnungen und Sprachkursen bekämen. »Aber all das wird verhindert durch Asylrechtsverschärfungen und dadurch, dass man darauf beharrt, Menschen in großen Unterkünften festzusetzen, wo es hausgemacht ist, dass es dort zu Konflikten kommt.«

Wie geht's weiter mit der EU-Asylpolitik?

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems soll noch vor der nächsten Europawahl abgeschlossen werden. Die Wahl wird im Juni 2024 stattfinden. Das EU-Parlament hat seine Positionen zu den Vorschlägen im April 2023 beschlossen. Nach der jetzigen Einigung der EU-InnenministerInnen muss nun zunächst noch der EU-Rat seine Position beschließen, erst dann können die sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen Europaparlament, Europarat und der Europäischen Kommission beginnen. Bei unterschiedlichen Positionen der drei EU-Gremien könnte die Reform noch auf den letzten Metern scheitern. Wahrscheinlich ist das allerdings nicht. Stattdessen aber will Deutschland in den anstehenden Verhandlungen noch die Forderung nach humanitären Ausnahmen von den umstrittenen Grenzverfahren für Familien mit Kindern durchsetzen. Mit dieser Forderung ist Bundesinnenministerin Nancy Faeser unter ihren KollegInnen in Luxemburg vorläufig gescheitert. (ver.di)

Die Spaltung nimmt zu

Herbert Schadewald

Seit 1997 wird er jährlich im Mai von der Humanistischen Union und neun weiteren Bürgerrechtsorganisationen herausgegeben – der Grundrechte-Report. Die aktuell vorliegende Ausgabe analysiert auf 183 Druckseiten die Bedingungen, die 2022 das Leben bestimmten und auch noch immer gegenwärtig sind: Krieg, Klima und Krise. Die Auswirkungen sind täglich spürbar Während die Ampelregierung Waffenlieferungen billigt und ein 100-Milliarden-Sondervermögen für die Aufrüstung beschloss, wächst die Armut im Lande. Immer mehr Menschen können die Kosten für Lebensmittel und Mieten nicht mehr aufbringen. Die Inflation sorgt für Verarmung, während einige wenige dadurch immer reicher werden. »Die soziale Spaltung hat auch eine grundrechtliche Dimension«, verdeutlichen die Herausgeber.

Die Inflation habe die Grundversicherung deutlich unter das Existenzminimum gedrückt, charakterisiert Sarah Lincoln. Die Anwältin bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte konstatiert, dass die Nahrungsmittel »im Herbst 2022 sogar fast 20 Prozent teurer als im Jahr zuvor« waren. »Von der ohnehin knapp bemessenen Grundversicherung in Höhe von 449 Euro konnten sich Leistungsberechtigte deutlich weniger leisten als noch im Vorjahr. Dieser Kaufkraftverlust ist für Betroffene im Alltag nicht nur sehr belastend, sondern auch eine Verletzung ihres Grundrechts auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums«, formuliert die Juristin. Sie verweist auf eine DGB-Studie, nach der ein alleinstehender Leistungsberechtigter im Gesamtjahr 2022 etwa 570 Euro mehr an Grundversicherung hätte bekommen müssen. Bei einem Paar mit zwei Kindern wären 1800 Euro mehr notwendig gewesen. »Bei diesen Fehlbeträgen ist bereits berücksichtigt, dass die Heizkosten vom Sozialamt gesondert übernommen werden«, betont Sarah Lincoln. Sie sieht das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verletzt.

»Angesichts multipler Krisen in allen gesellschaftlichen Bereichen gewinnt der Arbeitskampf wieder

an Bedeutung«, schreiben Pascal Annerfelt und Lea Welsch in ihrem Beitrag über das »Streikrecht in der Krise«. Die beiden Juristen sehen den Streik als »ein kollektives Abwehrrecht gegen die Zumutungen des Kapitalismus, aber auch für ein demokratisches Mitbestimmungsrecht an sich«. Gleichzeitig kritisieren sie, dass die Bundesregierung »keine wirksamen Maßnahmen gegen die drohende soziale Verelendung großer Bevölkerungsteile« ergreift und »auch die strukturelle Unterfinanzierung in allen Bereichen der Daseinsfürsorge« nicht anpackt. Pascal Annerfelt und Lea Welsch verdeutlichen, dass die unter der Leitung von Bundeskanzler Olaf Scholz tagende Konzertierte Aktion die gewerkschaftliche Handlungsmacht faktisch begrenze, die für einen Streik notwendig wäre.

Die beiden Autoren weisen in ihrem Text daraufhin, dass politische Bewegungen erstarken, die sich den Streikbegriff zu eigen machen. So beispielsweise unter den prekär Beschäftigten, die sich organisieren, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dies stellt die Rechtsprechung in Frage, nach der ein Streik zwingend von einer Gewerkschaft getragen werden müsse. Und laut eines Berliner Amtsgerichtsurteils vom 7. März 2022 (Az. 19Ca 10127/21) ist keineswegs von vornherein klar, dass wilde Streiks rechtswidrig sind.

»Auch wenn zu befürchten ist, dass diese Rechtsprechung in den nachfolgenden Instanzen kassiert wird, so befeuert sie, in Zeiten sozialer Unsicherheit und voranschreitender gesamt-gesellschaftlicher Prekarisierung, dennoch eine Debatte über die Rückeroberung und Ausweitung von Streiks als Mittel zur Ausübung politischen Drucks durch die lohnabhängige Bevölkerung. Wie weit dieser rechtspolitische Hoffnungsschimmer reichen wird, muss sich aber gerade angesichts weiterhin zu erwartender Angriffe auf das Streikrecht noch zeigen. Es geht ums Ganze!«, verdeutlichen die Juristen.

Mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit beschloss der Bundestag am 3. Juni 2022 die Änderung des Grundgesetzartikels 87a.

Damit war das milliardenschwere Sondervermögen für die Bundeswehraufrüstung besiegelt. Doch »diese Verfassungsänderung widerspricht dem Friedensgebot des Grundgesetzes, das in dem Artikel 1 Absätze 1, 24, 25 und 26 sowie in der Präambel des Grundgesetzes verankert ist«, stellt Dr. Andreas Engelmann klar. Der Jurist weist darauf hin, dass »die antimilitärische und defensive Grundhaltung, die im Grundgesetz zum Ausdruck kommt, (...) in den letzten Jahrzehnten zurückgedrängt und durch eine militärpolitische

Agenda ersetzt worden (sei), die verfassungsrechtlich ohne Grundlage ist«. Dann zählt er die aktiven Kriegseinsätze der Bundeswehr seit 1993 auf. »Ob es sich bei der NATO um ein »System kollektiver Sicherheit im Sinne des Artikels 24 GG handelt, das Bündnispflichten erlauben würde, ist trotz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 (Out-of-area) mehr als fraglich«, formuliert Dr. Andreas Engelmann. Für ihn ist »die NATO zur Friedenssicherung weder besonders geeignet noch geeignet«.



Behindertenpauschale verdoppelt

Angelika Kurowski

Bereits im Kalenderjahr 2021 traten merkliche Verbesserungen bei den Behinderten-Pauschbeträgen und dem Pflege-Pauschbetrag in Kraft:

Verdoppelung der Behinderten-Pauschbeträge inklusive der Aktualisierung der Systematik, wodurch bereits ab einem Grad der Behinderung von mindestens 20 Prozent ein Pauschbetrag gewährt wird, die Einführung einer behinderungsbedingten Fahrtkostenpauschale, der Verzicht auf die zusätzlichen Anspruchsvoraussetzungen zur Gewährung eines Behinderten-Pauschbetrages bei einem Grad der Behinderung kleiner als 50 Prozent, die Anhebung des Pflege-Pauschbetrages von bisher 924 auf nunmehr 1800 Euro sowie die Einführung eines Pflege-Pauschbetrages bereits ab Pflegegrad 2.

Behindertengrad – Pauschbetrag in Euro

20 – 384	50 – 1140	80 – 2120
30 – 620	60 – 1440	90 – 2480
40 – 860	70 – 1780	100 – 2840

Nicht völlig unkritisch

Entwurf des Rundfunkstaatsvertrages

In einer Stellungnahme an die medienpolitischen SprecherInnen des Berliner Abgeordnetenhauses haben sich ver.di und der DGB zum Entwurf für einen neuen Rundfunkstaatsvertrag positioniert. Die Gewerkschaften begrüßen, dass mit dem Entwurf die Transparenz und die Qualität der Gremienaufsicht verbessert werden sollen. Die Politik reagiert damit sichtbar auf die Unregelmäßigkeiten, durch die der rbb in den letzten Jahren in eine massive Krise geraten ist. Ausdrücklich würdigen die Gewerkschaften, dass die Mitbestimmung des Personalrats auf die arbeitnehmerähnlichen MitarbeiterInnen ausgeweitet wird.

»Wir begrüßen die Erweiterung bei der Mitbestimmung. Allerdings bleibt der Staatsvertrag bei der Beteiligung der Belegschaft auf halbem Weg stehen. Die Mitarbeitenden müssen ebenfalls in den Aufsichtsgremien stärker beteiligt werden. Darüber hinaus muss die Finanzierung des rbb ausreichend garantiert werden, wenn jetzt neue personelle und regionale Strukturen geschaffen werden sollen«, erklärt Andrea Kühnemann, Landesleiterin von ver.di Berlin-Brandenburg.

ver.di und DGB kritisieren darüber hinaus die Verlagerung von Einstellungen programmgestaltender Mitarbeitender hin zur Intendantin und eine Tendenz zu Eingriffen in Programm- und Rundfunkfreiheit, die auf gesetzlicher Ebene zu weit gehen. Auch die Ausweitung der Haftungsregeln für die Mitglieder der Aufsichtsgremien in der geplanten Form wird von den Gewerkschaften kritisch gesehen.

»Der neue rbb-Staatsvertrag ist stark von den Erfahrungen der Krise geprägt. Zuständigkeiten und

Verantwortlichkeiten von Rundfunkrat und Verwaltungsrat werden nun genauer festgelegt. Das ist gut. Allerdings ufer die Haftungsidee für Rundfunkräte zu sehr aus. Der Wunsch nach Professionalisierung der Gremien ist berechtigt, muss aber in Ausgleich gebracht werden mit dem Umstand, dass die Funktionen immer noch ehrenamtlich ausgeübt werden«, so Katja Karger, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg.

Deutlich kritisieren ver.di und DGB, dass der Rundfunkstaatsvertrag ohne vorherige Beteiligung der Verbände abgeschlossen werden soll.
ver.di

Kriegsbilder

Bilder sagen oft mehr als tausend Worte. Und in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg spielen Fotografien eine zentrale Rolle.

Deshalb eröffnete das Museum Berlin-Karlshorst eine Fotoausstellung, die noch bis zum 17. Dezember zu sehen ist. Denn die Besatzungsmacht beging beispiellose Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung.

Neben den Fotos der professionellen Bildberichterstattung gibt es auch eine breite Überlieferung an Amateuraufnahmen. Dazu zählen ebenfalls die Farbfotos des Wehrmachtarztes Albert Dieckmann (1896-1982), die erstmals in dieser Exposition gezeigt werden.

Der Eintritt zur Fotoausstellung ist kostenlos.

Die nächste Ausgabe der Querköpfe erscheint erst 2024. Vorher ist Weihnachten, Silvester, Neujahr. Wir wünschen Euch jetzt schon eine gute Zeit und ein friedliches, gesundes und fröhliches neues Jahr. Lasst den Mut nicht sinken!

Eure Redaktion **Die Querköpfe**

Treffpunkt der gewerkschaftlichen Linken



LabourNet Germany

bewusst nicht unparteiisch, aber parteiunabhängig
und gewerkschaftsübergreifend

Wir liefern Informationen und Hinweise unter anderem über Arbeitsmarkt, Arbeitszeit- und Wirtschaftspolitik, Arbeitskämpfe, Grundrechte und Antikriegsbewegung

Mit täglichen Updates,
mehr als 50 000 Dateien,
QUERKÖPFE-Archiv
und über 300 000 monatlichen
BesucherInnen sowie zirka 3 000
AbonentInnen

Homepage: labournet.de

Impressum

Redaktionsanschrift: »Die Querköpfe«, ver.di Berlin-Brandenburg, Fachbereich A, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin. E-Mail der Redaktion: diequerkoeeppe@gmx.de

Redaktion: Angelika Kurowski, Peter Asmussen (Layout), Wolfhard Besser, Gerhard Manthey, Herbert Schadewald (Koordination und Schlussredaktion), Gerhard Wasielewski

Herausgeber: Arbeitskreis »Aktive SeniorInnen im Fachbereich A«

V.i.S.d.P.: Marcus Borck, Leiter des Fachbereichs A im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung wird komplett ehrenamtlich hergestellt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Für ein kostenloses Abo genügt eine formlose Mail an abo-querkoeeppe@gmx.de

Die nächste Ausgabe unserer Zeitung, 1/2024, erscheint im Februar 2024

Die Querköpfe

Diese Zeitung ist ein Online-Produkt im PDF-Format und nur mit einem Computer, Tablet oder Smartphone zu empfangen. AbonentInnen erhalten vier- bis sechsmal jährlich eine Mail mit Inhaltsangabe und einem Link zum Herunterladen. Kostenlos!

Zur Abo-Bestellung genügt eine formlose Mail an

→ abo-querkoeeppe@gmx.de